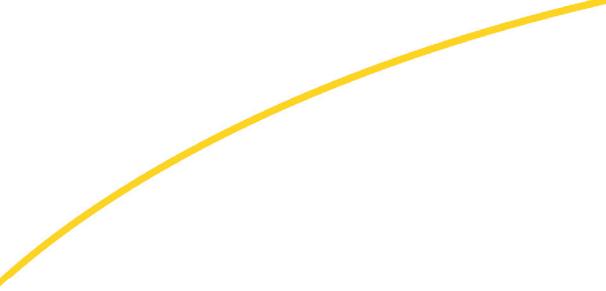




DIE SACHSEN-ANHALT-PARTEI

VOLLER  
**ENERGIE**  
FÜR UNSERE  
**HEIMAT**

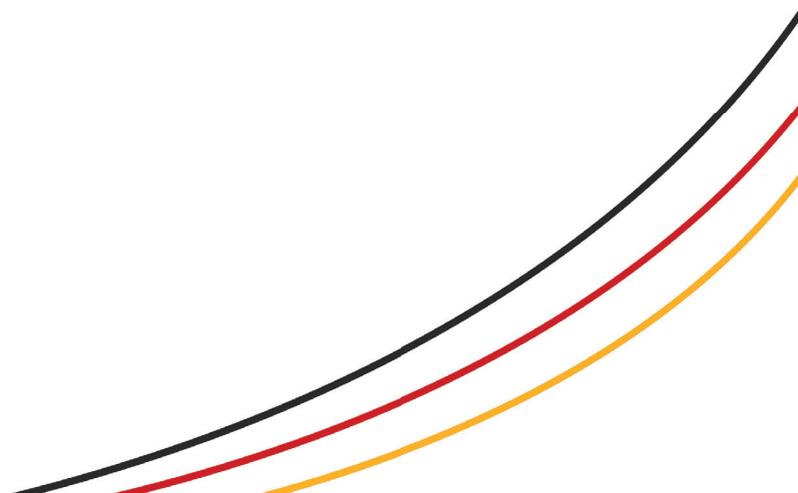
**#Kommunalwahl2024**



# **VOLLER ENERGIE FÜR UNSERE HEIMAT**

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2024  
DER CDU SACHSEN-ANHALT

LANGFASSUNG





**Liebe Sachsen-Anhalterinnen  
und Sachsen-Anhalter,**

am 9. Juni 2024 ist Kommunal- und Europawahl. Hier haben Sie die Chance, mit Ihrer Stimme über die Zukunft unserer Landkreise, Städte und Gemeinden, und damit auch Ihres Heimatortes, mitzubestimmen.

Diese Wahl ist sehr wichtig. Ob es um gute Schulen, bezahlbaren Wohnraum, sichere Straßen oder eine starke Wirtschaft geht: Die Entscheidungen in den Rathäusern und Kreistagen haben direkten Einfluss auf unseren Alltag. Deshalb setzen wir uns als CDU Sachsen-Anhalt weiter für eine starke Kommunalpolitik ein, die die Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt:

- eine starke Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen
- gute Schulen und Kitas für unsere Kinder
- eine sichere und saubere Umwelt
- eine moderne Infrastruktur
- eine gute medizinische Versorgung für alle

Als die **Sachsen-Anhalt-Partei** sind wir seit Jahrzehnten eng mit den Menschen in unserem Land verbunden und kennen die Herausforderungen und Chancen vor Ort. **Wählen Sie deshalb am 9. Juni 2024 mit allen drei Stimmen unsere Kandidatinnen und Kandidaten der CDU.**

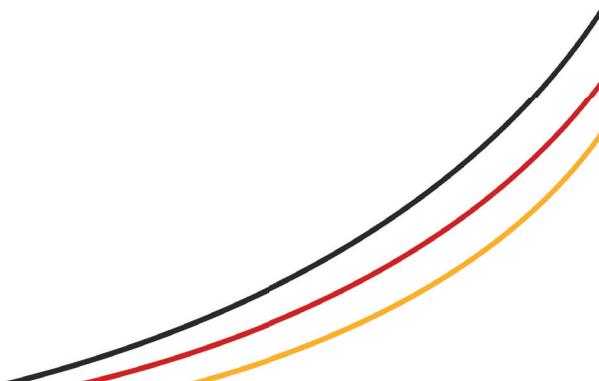
Mit Ihrer Unterstützung können wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen und Sachsen-Anhalt weiter erfolgreich, attraktiv und lebenswert gestalten.

In dieser Broschüre finden Sie noch einmal unsere Ziele für eine erfolgreiche Kommunalpolitik in Sachsen-Anhalt.

**Ihr Sven Schulze**

**Landesvorsitzender der CDU Sachsen-Anhalt**

Gesellschaftlicher Zusammenhalt.....	5
Bildung.....	6
Unser Kulturland Sachsen-Anhalt.....	7
Digitalisierung – Erleichterung für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Wirtschaft.....	8
Finanzen .....	10
Gesundheitsversorgung – Probleme anpacken.....	11
Inneres und Sport.....	12
Für starke Kommunen und starke Bürger in einem starken Rechtsstaat .....	14
Landesentwicklung und Verkehr.....	16
Heimatspflege durch moderne Land- und Forstwirtschaft .....	18
Medien.....	20
Natürliche Lebensgrundlagen in den Kommunen bewahren – Energiepolitik der Zukunft gestalten	21
Wirtschaft.....	23
Leitlinien in der Forschungs- und Hochschulpolitik Sachsen-Anhalts.....	25
Impressum.....	26



**Für uns ist die Familie der Kern der Gesellschaft.** Sie zu fördern und zu unterstützen ist die Aufgabe aller politischen Ebenen. Insbesondere auch in den Kommunen unseres Landes. Unser Ziel ist eine familienfreundliche Politik bei allen Entscheidungen mitzudenken.

**In den Kindertageseinrichtungen erfahren unsere Kinder nicht nur eine gute Betreuung, sie sind auch wichtige Bildungseinrichtungen.** In diesem Sinne wollen wir stetig an der Verbesserung der Qualität arbeiten. Ein Schlüsselement sind dabei die Rahmenbedingungen für das dortige tätige Fachpersonal.

**Kinder- und Jugendschutz ist für uns ein unverzichtbares Instrument zum Schutz unserer Jüngsten.** Wir setzen uns für kommunale Jugendschutznetzwerke ein, um hier Verbesserungen zu erreichen. Daneben sind die Netzwerke für frühe Hilfen wichtig, um frühzeitig dort Unterstützung zu leisten, wo sie gebraucht wird.

**Wir verstehen unter einem Sozialstaat staatliche Strukturen die Menschen helfen, die diese Hilfe tatsächlich auch brauchen.** Das heißt die, kommunale, Gemeinschaft hilft den Menschen, die diese Hilfe auch tatsächlich brauchen. Wir setzen ebenso auf die Selbstverantwortung. Der Grundsatz von „fördern und fordern“ muss gelebt werden.

**Soziale Angebote müssen über Generationen hinweg gedacht und unterbreitet werden.** Kinder-, Jugend- und Senioreneinrichtungen müssen im Sinne des generationsübergreifenden Ansatzes auch Möglichkeiten bieten, dass sich zum Beispiel auch Senioren und Familien dort treffen und Angebote finden. Wir setzen bei den entsprechenden Angeboten auch auf selbstverwaltete Projekte und Vorhaben.

**Wir schätzen die wichtige Rolle des vielfältigen ehrenamtlichen Engagements der Menschen in unseren Kommunen.** Dieses wollen wir fördern und weiterentwickeln.

**Für uns bedeutet Gleichstellung, dass Menschen aller Geschlechter mit ihren Bedürfnissen wahr und ernst genommen werden.**

**Menschen mit Einschränkungen soll die Teilhabe auf allen Ebenen ermöglicht werden.** Inklusion von Menschen mit Behinderung bedeutet Gleichbehandlung und nicht Gleichmacherei. Wir erkennen dabei auch an, dass es auch tatsächliche Hindernisse für eine 100prozentige Umsetzung dieses Ziel gibt.

**Sachsen-Anhalt muss sich zu einem leistungsorientierten Schulsystem bekennen.** Nur so kann der Fachkräftemangel behoben und eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik ermöglicht werden. Junge Menschen kommen in unserem differenzierten allgemeinen und beruflichen Schulsystem zu werthaltigen Abschlüssen. Gleichzeitig ist gute individuelle Bildung Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und verantwortungsvolles Leben, und sollte unabhängig von den jeweiligen Unterstützungsleistungen der Eltern erworben werden können.

**Nach der frühkindlichen Bildung als Beginn einer lebenslangen Bildungsbiografie wollen wir möglichst wohnortnahe Grundschulen.** Daher treten wir für eine Beschränkung der zumutbaren Schulwegzeiten im Rahmen der kommunalen Schülerbeförderung (Primarstufe: 30 Minuten, Sekundarstufe I: 60 Minuten) ein.

**Im Rahmen des weiteren Ausbaus ganztägig organisierter Schulen sind vielfältige Initiativen zu unterstützen.** Das gemeinsame Essen mit dem Ziel einer gesunden Ernährung gehört genauso dazu wie Abstimmungen zur Umsetzung der Bildungsaufträge von Schulen und Horten.

**Wir stärken die Sekundar- und Gemeinschaftsschulen, indem wir die Kooperation mit Bildungsträgern, Ausbildungsbetrieben und dem Handwerk fördern.** Nur praxisnahe Ausbildungen erhalten Berufsbilder, schaffen Arbeitsplätze vor Ort und binden junge Menschen an unsere Regionen. Ein fester und wichtiger Bestandteil unseres Schulsystems sind auch Förderschulen, an denen – möglicherweise in Kooperation mit dem Berufsvorbereitungsjahr an Berufsschulen – ausbildungsrelevante Schulabschlüsse erworben werden sollten.

**Gymnasien sind für die Vorbereitung des akademischen Nachwuchses verantwortlich.** Besondere Konzepte, beispielsweise für die gezielte Lehramtsausbildung, verdienen hier eine Förderung. Aber auch praxisorientierte Berufsorientierung kann in dieser Schulform angeboten werden, um absehbare Fachkräfteprobleme zu beheben.

**Für eine bessere schulische Ausbildung sind in allen Schulformen Lehrkräfte in ausreichender Anzahl notwendig.** Um junge Lehrkräfte für alle Regionen zu gewinnen, müssen familienorientierte Dienstleistungen und auch infrastrukturelle Angebote entwickelt werden. Initiativen, welche die Studierenden an ihre Region binden, sind zu unterstützen und auszubauen.

**Alle Schülerinnen und Schüler sollten unter guten Umfeldbedingungen lernen können.** Eine Vielzahl von Schulgebäuden konnte saniert und modernisiert werden. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Schulträger dauerhaft in die Lage versetzt werden, diese wichtige Aufgabe zu stemmen. Dabei ist die Digitalisierung nur ein Bereich. Wir fördern die Bereitstellung von interaktivem Lernmaterial und unterstützen digitale Klassenzimmer, wenn sie pädagogisch gut konzeptioniert sind. Dabei müssen die Schulträger befähigt werden, mit personellen und sächlichen Ressourcen die digitaltechnische Ausstattung zu bewerten, zu warten und zu modernisieren.

**Neben der digitalen Kompetenz gehören zur ganzheitlichen Bildung aber auch andere geistige und körperliche Fähigkeiten.** Schulen werden daher von Sportvereinen, Musikschulen, Bibliotheken, Museen, Theatern sowie anderen außerschulischen Lernorte unterstützt. Schulen brauchen dafür gute Anbindungen an die übrige kommunale Infrastruktur, insbesondere Sportstätten und Schwimmbäder. Als CDU setzen wir uns daher für eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Schülerbeförderung auch während des Schultages ein.

Unsere Heimat Sachsen-Anhalt ist ein einzigartiges, vielfältiges Kulturland ersten Ranges. Es bietet kulturelle Höhepunkte in vielen Orten unseres Landes. Dome, Kirchen und Klöster prägen es ebenso wie Burgen, Schlösser und Gärten. All diese kulturellen Ankerpunkte prägen das Selbstwertgefühl der Menschen in Sachsen-Anhalt und verbinden sie mit Herkunft und Tradition.

1. **Unsere Kultur hat ihre Wurzeln in den Überlieferungen von der Frühgeschichte über das Mittelalter bis zur Neuzeit und zur Gegenwart.**
2. **Wir setzen uns auch weiterhin für eine stärkere Anerkennung des Ehrenamtes ein.**
3. **Hierzu gehören Vereinsförderungen und Erhalt vorhandener Einrichtungen vor Ort.**
4. **Ohne Geschichte gibt es keine Zukunft. Die nachhaltige Förderung unserer Kulturlandschaft ist und bleibt ein wichtiges Anliegen der CDU.**
5. **Kultur wird nicht nur von den stattlichen Kultureinrichtungen, sondern im gleichen Maße auch von bürgerschaftlichem Engagement getragen. Hierbei sind in besonderer Weise die zahlreichen kulturellen Fördervereine zu unterstützen.**
6. **Kultur ist eine Angelegenheit des ganzen Landes, des Südens und des Nordens.**
7. **Zentralistische Kulturorganisation lehnt die CDU ab.**
8. **Die CDU strebt zeitnah ein Landesmuseum im nördlichen Landesteil an.**
9. **Ämterhäufungen bei einzelnen Personen im Kulturbereich des Landes lehnen wir ab.**
10. **Wir begrüßen weitere Initiativen zum Erhalt der Titel „Weltkulturerbe“ und „European Heritage Label“ für Kulturstätten im ganzen Land Sachsen-Anhalt.**
11. **Es sollen regionale Kulturräume – Kulturregionen – geschaffen werden, die gezielt den Bedürfnissen der dort vorhandenen Kultureinrichtungen entsprechen. Die Gründung von Vereinen und Museen zur Beschäftigung mit Heimatgeschichte wird die CDU als Heimatpartei aktiv fördern.**

Die Digitalisierung wird zur strategischen Frage der zukünftigen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit Sachsen-Anhalts. Ob demografischer Wandel, Fachkräftenachwuchs, Firmennachfolge, kleinteilige Wirtschaftsstruktur oder Daseinsvorsorge – intelligent angewendet ist Digitalisierung der einzige derzeit erkennbare Schlüssel zur Lösung vieler spezifischer Probleme unseres Landes. Bei allen modernen Prozessen wirkt Digitalisierung stark unterstützend und gesellschaftsprägend: Es ist unser Anliegen, zukünftig analoge oder papiergestützte Prozesse weitestgehend durch digitale zu ersetzen.

Dieser Transformationsprozess führt zu einem Kulturwandel in allen Bereichen des Lebens und der Gesellschaft und wird die Form von Entscheidungsfindungen nachhaltig beeinflussen. Er ist entscheidend, um den demographischen Wandel erfolgreich zu gestalten. Durch die Möglichkeiten komplexe Themen schnell effektiv anzugehen, wollen wir einen „Neustart in der Fläche“ gestalten, der unsere Regionen für Ideen und Innovation offenhält und attraktiv macht.

**Um nicht nur unseren Ämtern und Kommunen, sondern vor allem unserer Wirtschaft eine optimale Digitale Infrastruktur zu schaffen, ist ein flächendeckender, möglichst eigenwirtschaftlicher, aber auch geförderter Glasfaser- und 5G-Ausbau bis 2030 unerlässlich.** Flächendeckender Mobilfunk und freie WLAN-Netze im ganzen Land sind unser Ziel.

Beim Straßenaus- bzw. -neubau wollen wir Leerrohre überall dort mitverlegen, wo es für die Versorgung mit schnellem Internet nötig ist. Die öffentliche Verwaltung muss bürgerfreundlicher, moderner und effektiver werden. Daher ist die Umstellung auf elektronische Akten und digitalen Bürgerservice in allen Städten und Gemeinden sowie in allen öffentlichen Behörden weiter zu forcieren.

**Durch digitale Vernetzung von häuslicher Pflege, Ärzten, Apotheken sowie Heil- und Hilfsmittelerbringern soll die flächendeckende Versorgung erhalten werden.** Mittelfristig muss es möglich sein, digitale Sprechstunden mit seinem (Fach-)Arzt abhalten zu können.

**Digitalisierung sehen wir insbesondere im Zusammenhang mit den Chancen, die sich aus künstlicher Intelligenz ergeben, die zur Verschlankung und Beschleunigung von Prozessen führen kann.** In dem Prozess, den die Landesverwaltung angeht, soll auch den Kommunen und Landkreisen eröffnet werden, an dem gesammelten Wissen und den sich bietenden Anwendungsmöglichkeiten zu partizipieren.

**Datenschutz und Informationssicherheit dürfen kein Hemmschuh, sondern müssen Treiber der Digitalisierung sein.** Sie sind notwendig, dürfen dabei aber nur als Mittel zum Erfolg verstanden werden. Ihre Umsetzung muss mit Augenmaß und unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Beteiligten, erfolgen. Der Zugriff auf Daten muss in sinnvoller und angemessener Weise ermöglicht werden.

**Wir wollen Bildungseinrichtungen in die Lage versetzen, krisensicher digital ihren Bildungsaufgaben nachkommen zu können.** Digitale Bildungsangebote, -inhalte und -methoden müssen in Zukunft als gleichwertig zu den bisherigen analogen Mitteln und Methoden verstanden und als selbstverständlich betrachtet werden.

**Wir wollen, dass unsere Kommunen - auch im internationalen Maßstab gesehen - moderne digitale Angebot anbieten, die dem Stand der Technik entsprechen und die Daten im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft mehrwertorientiert verwenden werden.** Hierzu entwickeln die Kommunen im Verbund eine interkommunale Smart-City-Strategie und setzen diese nach einheitlichen Prinzipien um.

**Unsere Kommunen streben für die digitale Transformation an, vorrangig einheitlich anerkannte Standards einzusetzen und geben diesen den Vorrang vor eigenständigen nicht standardisierten Inselösungen.**

**Die Vielzahl von bestehenden Planungs- und Genehmigungsverfahren soll künftig vollkommen digital begleitet werden.** Das Land wird die dafür nötigen Voraussetzungen schaffen und Kommunen dazu umfassend unterstützen.

**Wir unterstützen Leben und Arbeiten vor Ort, durch Coworking-Spaces als dezentrale Treffpunkte in einem Flächenland.**

Wir stehen für eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik. Geld ist eine Ressource, die nach unserem Verständnis nicht unbegrenzt zur Verfügung steht. Ressourcenschonung beginnt deshalb beim verantwortungsvollen und sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Der gewissenhafte und nachhaltige Umgang mit den Kommunal финанzen ist Ausdruck der Wertschätzung gegenüber den Steuerzahlern. Mit diesen Leitlinien wollen wir die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken und die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger nachhaltig verbessern.

**Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch eine auskömmliche Finanzierung unserer Kommunen im Land ist eines unserer Kernanliegen.** Dazu bedarf es einer angemessenen Grundversorgung mit Dienstleistungen und notwendiger Infrastruktur. Die demografische Entwicklung und die Leistungsfähigkeit des Landeshaushaltes erfordern auch in diesem Bereich eine klare Prioritätensetzung. Weder das Land kann sich zulasten der kommunalen Familie konsolidieren, noch darf es zu einer Überforderung des Landes durch die kommunale Familie kommen.

**Wir werden Investitionen in Schwerpunktbereiche mit größtmöglichem Nutzen für die Allgemeinheit lenken.** Dazu gehören unter anderem Gesundheitsversorgung, Energie- und Ernährungssicherheit, Digitalisierung, Firmenansiedlungen, Infrastruktur, Bildung und bezahlbarer Wohnraum.

**Die Förderlandschaft muss dringend vereinfacht und entbürokratisiert werden.** Einheitliche, verständliche und beherrschbare Antragsverfahren anstatt Kleinteiligkeit und Bürokratie müssen das Ergebnis sein, dies ist insbesondere für unsere Kommunen von entscheidender Bedeutung.

**Wir stehen für schlanke, transparente und bürgernahe Verfahren in der Verwaltung. Schlankere Strukturen schaffen im Zusammenhang mit neuen und digitalen Arbeitsformen eine moderne Verwaltung.** Wir stehen für eine geringere Regelungsdichte und führen Aufgaben zusammen.

**Die robuste und krisenfeste Gesundheitsversorgung ist für Städte und Gemeinden einer der wichtigsten Standortfaktoren.**

**Wohnortnähe, die Eigenverantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger, belastbare Familien- und Generationenverbände und gute Vorsorgeangebote sind wichtige Einflussgrößen der Gesundheitsversorgung, wir wollen sie stärken.**

Junge Familien leben da, wo Kinder- und Jugendärzte verfügbar sind, ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger verbringen dort ihren Lebensabend, wo medizinische und pflegerische Versorgung ausreichend vorhanden sind.

Wir setzen uns für eine verlässliche haus-, fach- sowie zahnärztliche Versorgung, insbesondere auch im ländlichen Raum ein.

**Eine bedarfsgerechte, leistungsfähige medizinische Versorgung in den Bereichen Notfall, Ambulanz, Stationär und Rehabilitation durch eine vertrauensvolle sektorübergreifende medizinische und pflegerische Versorgung sowie Geburtshilfe ist erklärtes Ziel unserer Gesundheitspolitik.** Bedacht werden muss dabei die Sicherstellung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der z.B. für Schul- und Tauglichkeitsuntersuchungen verantwortlich ist.

**Ambulante und stationäre Pflege müssen auch zukünftig bedarfsgerecht, leistungsfähig und finanzierbar sein.** In Folge der demografischen Veränderungen wird die Bevölkerung unseres Landes stetig älter. Die Pflegebedürftigkeit steigt an. Die CDU setzt auf verstärkte Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen, Kommunen und Pflegekassen, um diese Herausforderungen zu überwinden.

**Demografische Veränderungen ist Rechnung zu tragen, auch jenen die durch industrielle Ansiedlungen entstehen.** Den Nachwuchs in den Gesundheitsberufen unterstützen wir in der Aus-, Weiter- und Fortbildung sowie beim Aufbau seines Lebens- und Arbeitsumfeldes in den Städten und Gemeinden.

**Durch digitale Vernetzung von häuslicher Pflege, Ärzten, Apotheken, sowie Heil- und Hilfsmittelerbringern soll die flächendeckende Versorgung erhalten werden.** Mittelfristig muss es möglich sein, digitale Sprechstunden mit seinem (Fach-)Arzt abhalten zu können.

## Deutschland ist Sportnation - Sachsen-Anhalt ist Sportland

- Ehrenamtliches Engagement in den Sportvereinen ist eine tragende Säule in der Gesellschaft.
- Gleichwertige und frühzeitige Förderung des Breiten- und Leistungssports, insbesondere des Kinder- und Jugendsports.
- Sanierung von Stadien, Sportanlagen und Sporthallen mit Unterstützung von Land und Bund.
- Erhalt der Landessportsschule, vor allem zur Aus- und Weiterbildung von haupt- sowie ehrenamtlichen Trainern und Übungsleitern und Vereinsmitgliedern.
- Talentförderung in den Olympiastützpunkten Halle und Magdeburg für Welt- und Europameisterschaften sowie Olympische Spiele.

## Die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit ist Kernkompetenz der CDU

- Das subjektive Sicherheitsgefühl des Einzelnen und die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (dazu zählt auch die Sauberkeit in den Kommunen) stehen im Mittelpunkt unseres politischen Handelns.
- Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Ordnungsämtern und Gefahrenabwehrbehörden in den Gemeinden und Landkreisen sowie der Polizei.
- An Brennpunkten sind Schwerpunkte der Sicherheitsbehörden zu bilden, damit kriminelle Strukturen erst gar nicht entstehen.
- Radikalen und extremistischen Strukturen werden wir mit Entschlossenheit entgegentreten, insbesondere Antisemitismus hat auf den Straßen in Sachsen-Anhalt nichts zu suchen.
- Wir wollen eine flächendeckende, hohe Wohn- und Lebensqualität in allen Gemeinden, dazu brauchen wir ein Höchstmaß an Polizeipräsenz, Prävention und Verkehrssicherheit.
- Die Ordnungsämter der Kommunen benötigen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung die notwendigen gesetzlichen Eingriffsbefugnisse und müssen personell und technisch professionell ausgestattet sein.

## Eine geregelte Migration ist Schlüssel für eine gesellschaftliche Akzeptanz

- Aufgrund der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels ist es erforderlich, durch legale Einwanderung und verbesserte Integration gut ausgebildete, leistungs- und integrationswillige Menschen aufzunehmen.
- Asyl und humanitärer Schutz sind von der notwendigen Zuwanderung von Fachkräften strikt zu trennen.
- Integration ist keine Einbahnstraße und die Integrationskraft der Kommunen mit Kitas, Schulen und Wohnungen ist begrenzt, deshalb gilt weiterhin der Grundsatz: Fördern und Fordern.
- Die Bezahlkarte trägt dazu bei, die Motivation zur Integration zu fördern und eine Überforderung des Sozialstaats zu verhindern.
- Wer sein Gastrecht verwirkt und ausreisepflichtig ist, muss unser Land wieder verlassen, das gilt vor allem für Straftäter und Extremisten.

## Der Brand- und Katastrophenschutz wird im ganzen Land Sachsen-Anhalt gewährleistet

- Die hauptamtlichen und freiwilligen Feuerwehren sind unverzichtbar für einen flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutz.
- Die Feuerwehren und die Rettungs- sowie Hilfsorganisationen leisten einen wichtigen Beitrag bei Unglücksfällen und Katastrophen - eine starke Vernetzung ist notwendig.
- Wir setzen uns weiterhin für eine gezielte Förderung der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes ein, dabei soll die Digitalisierung eine besondere Rolle spielen.
- Die Feuerschutzsteuer und die Förderung beim Erwerb von Fahrerlaubnissen unterstützen die Kommunen bei der Modernisierung und Leistungsfähigkeit ihrer Wehren.
- Die Ausstattung mit effektiver Einsatztechnik sowie mit moderner Ausrüstung unserer Kameradinnen und Kameraden hat für uns eine hohe Bedeutung.
- Die zentrale Beschaffung von Feuerwehrtechnik durch das Land hat sich bewährt und wird fortgeführt und weiterentwickelt.
- Die Unterstützung der Kinder- und Jugendfeuerwehren sowie der Fördervereine der Feuerwehren ist vor allem wegen der Nachwuchsgewinnung eine Selbstverständlichkeit.
- Die regelmäßige Aus- und Fortbildung der Feuerwehrkameraden ist eine wichtige Aufgabe, das erfolgt dezentral in den Gemeinden und Landkreisen sowie zentral im Institut für Brand- und Katastrophenschutz in Heyrothsberge, das durch das Land weiter modernisiert wird, dabei ist das Online-Angebot auszubauen.

**Bodenrecht: Stärkung der Familien durch eine Ansiedlungsoffensive starker Kommunen**

- Wir wollen das Wohneigentum in Sachsen-Anhalt stärken. Die Kommunen und das Land können und müssen hierzu ihre Möglichkeiten nutzen. Es ist nicht nur Garant für die Teilhabe am Wohlstand unseres Landes, Wohnen in den eigenen vier Wänden ist auch Ausdruck von Unabhängigkeit, Planbarkeit und Sicherheit – und Wohneigentum stellt eine stabile Säule der privaten Altersvorsorge dar.
- Es ist von großer Bedeutung, dass genügend Wohneigentumsprodukte zu fairen Preisen am Markt verfügbar sind. Deshalb müssen wir im Land die Baulandmobilisierung vorantreiben, etwa durch verbilligte Baulandabgabe der Kommunen und eine beschleunigte Umwidmung von Flächennutzungstiteln.
- Auch sollte die Schaffung von Wohneigentum durch Umwandlung nicht erschwert und die Ergebnisse der Baukostensenkungskommission in die Realität überführt werden. In der Diskussion um steigende Baukosten wird der Blick ein ums andere Mal darauf verstellt, dass vor allem der Staat selbst größter Kostentreiber ist und am Neubau mehrfach mitverdient – über Umsatzsteuer auf Bauleistungen, Einkommens- und Lohnsteuer des bauausführenden Handwerks und Architektenleistungen oder kostentreibende energetische Anforderungen.

Daher schlagen wir vor:

- Bauland preiswerter machen durch konsequente Nutzung des Bodenrechts durch die Kommunen, insbesondere:
  - Keine Grundsteuer in den ersten 10 Jahren nach Errichtung,
  - Keine Grunderwerbssteuer nach erstmaligem Erwerb,
  - beides entfällt, wenn innerhalb von drei Jahren nach Erwerb nicht bebaut wird oder keine Baugenehmigung nach 2 Jahren beantragt ist; hierdurch auch Verminderung der Bodenspekulation.

**Öffentliches Baurecht: Stärkung der mittelständischen Wirtschaft**

- Die Förderung des qualifizierten Einzelhandels ist ein zentrales Anliegen. Es fördert die Diversität der örtlichen Wirtschaft und stärkt den innerörtlichen Kern, die Städte, Mittelstädte und Kleinstädte, sowie den ländlichen Bereich in der Umgebung und ist einer der Faktoren, der zu einer Stärkung der Kommunen (Landkreise und Gemeinden) insgesamt beiträgt.
- Auch die Förderung von inhabergeführten Betrieben, darunter auch Familienunternehmen, ist eine der zentralen Forderungen. Sie haben insbesondere in der Fläche, aber auch in größeren und mittleren Städten, eine starke Stellung. In Kreisen mit einer hohen Zahl von Familienunternehmen ist generell die Arbeitslosenquote geringer und die Ausbildungsquote höher. Eine solche heimatnahe, qualifizierte Wirtschaft ist ein Rückgrat der sozialen Marktwirtschaft und muss besonders gepflegt und gefördert werden.
- Weniger Bürokratie:
  - Einführung eines flächendeckenden digitalen Bauantrages. Hierdurch auch bessere Bürgerbeteiligung an kommunalen Verfahren.

## Verfahrensrecht: Stärkung der Bürgerbeteiligung - nur so viel Staat wie nötig

- Die Bürger sind die Träger der kommunalen Selbstverwaltung. Diese ist ein Fundament der Demokratie. Daher sind die Bürger so früh wie möglich an kommunalen Planungen zu beteiligen und einzubinden.
- Hierzu sollte eine möglichst einheitliche Satzungsinitiative für den Gemeinderat angestrebt werden, nachdem bereits eine öffentliche Vorklärung stattgefunden hat. Hierdurch lässt sich sogar eine Beschleunigung und effektivere Gestaltung von Planungsverfahren gestalten.

Daher schlagen wir vor:

- Runder Tisch bei Planinitiativen mit Beteiligung der Bürger in den betroffenen Gebieten,
  - frühzeitige Mediation bei sich anbahnenden Konflikten
- 
- Stärkere Digitalisierung auch zum Einsatz für die Beschleunigung kommunaler Planungen – hierdurch höhere Effektivität und auch Stärkung der Bürgerbeteiligung.
  - Kommunale Schiedsstellen zur außergerichtlichen Streitbeilegung stärker professionalisieren unter Einsatz der außergerichtlichen Mediation (Mediationsgesetz)

Die CDU sieht in einer leistungsfähigen und gut ausgebauten Infrastruktur eine der wichtigsten Grundlagen für lebenswerte Städte und Dörfer. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich mit ihren Kommunen identifizieren und gern dort leben. Dafür sind gute Mobilität, hervorragende Wohnqualität sowie eine gut ausgebaute Daseinsvorsorge überall in unserem Land, insbesondere jedoch im ländlichen Raum, entscheidende Voraussetzungen. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, dass diese Bedingungen zum Schutze unserer Heimat und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger erhalten, verbessert und weiter gestärkt werden.

### **Die richtige Mobilität für Jedermann**

**Wir setzen auf maßgeschneiderte Lösungen und die richtige Mobilität für Jedermann.** Wir sehen dies als eine wichtige Voraussetzung für die weitere Entwicklung unserer Kommunen und für den Erhalt bestehender bzw. die Schaffung neuer Arbeitsplätze an. Nur wer sicher, schnell und zuverlässig von A nach B kommt, kann sein Leben in individueller Freiheit und Sicherheit selbstbestimmt gestalten.

**Wir wollen Mobilität nicht einschränken, sondern sichern und gewährleisten.** Deshalb lehnen wir ideologisch bedingte Fahr- und Autoverbote sowie Straßenumwidmungen und Geschwindigkeitsbegrenzungen kategorisch ab. Wir setzen auf ganzheitliche Mobilitätskonzepte und Verkehrswegepläne. Wir unterstützen sinnvolle und technologieoffene Initiativen, die zu einer Verringerung der Umwelt- und Lärmbelastungen in allen Verkehrsbereichen beitragen können.

**Wir sehen in einem gut ausgebauten, zuverlässigen, pünktlichen und modernen öffentlichen Personennahverkehr eine gute Alternative zur individuellen Mobilität.** Ein leistungsfähiger ÖPNV ist insbesondere für Pendler in Ballungsräumen sowie für die weitere touristische Entwicklung unseres Landes ein wichtiger Baustein. Wir wollen ihn weiter stärken. Bereits erfolgreich erprobte Modellversuche, wie zum Beispiel Ruf- und Bürgerbusse, wollen wir konsequent weiterentwickeln.

Wir wollen den Radverkehr weiter stärken und dafür das bestehende Radwegenetz sanieren, ausbauen und miteinander verknüpfen.

### **Für den weiteren Ausbau unserer kommunalen Infrastruktur**

**Wir stehen für die konsequente Stärkung und den weiteren Ausbau unserer Infrastruktur.** Unserer Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht gut ausgebaute Straßen, sichere Rad- und Fußwege sowie eine bedarfsgerechte Anbindung ihrer Kommunen an das Schienennetz oder das Bahn-Bus-Landesnetz, um so einen eng vertakteten und bezahlbaren ÖPNV zu sichern. Bewährte Instrumente, wie zum Beispiel das Schnittstellenprogramm, wollen wir weiter fortführen.

**Wir wollen den bestehenden Sanierungsstau der kommunalen Straßeninfrastruktur kontinuierlich schrittweise abbauen.** Hierzu wollen wir zukünftig mindestens 100 Millionen Euro Landesmittel in den Ausbau des kommunalen Straßen- und Radwegenetzes zu investieren. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Sanierung bestehender Brückenbauwerke, für das wir ein gesondertes kommunales Brückensanierungsprogramm auflegen wollen.

## Gutes Wohnen für Jung und Alt

**Das Ziel unserer Städtebau- und Wohnungspolitik ist es, alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, egal ob jung oder alt, mit ausreichendem, modernem und bezahlbarem Wohnraum zu versorgen.** Dabei setzen wir verstärkt auf die Grundsätze von energetischer Sanierung, sparsamen Flächenumgang, ressourcenschonender Nachnutzung und weitestgehender Barrierefreiheit, auch im Wohnumfeld. Angesichts der demografischen Entwicklung soll die Innenentwicklung von Kommunen vor ihrer Außenentwicklung stehen.

**Neben den Wohnungsbeständen der kommunalen Wohnungsgesellschaften bzw. -genossenschaften zählt dazu insbesondere auch die Förderung des Erhalts und Neubaus von Eigenheimen.** Wir wollen, dass sich auch zukünftig jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten seinen individuellen Traum vom Wohnen erfüllen kann und lehnen deshalb das sogenannte „Heizungsgesetz“ bzw. einen damit verbundenen Sanierungszwang ab.

## Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Städten und Dörfern

**Wir wollen, dass die weitere Entwicklung der Ballungszentren und des ländlichen Raumes gleichberechtigt nebeneinanderstehen.** Wir wollen, dass jeder die gleichen Möglichkeiten, Perspektiven und Zukunftschancen sieht, egal ob er in einer großen Stadt oder in einem kleinen Dorf wohnt. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Städten und Dörfern muss bewahrt bleiben. Eine lückenlose Breitbandversorgung und eine flächendeckend gute medizinische Versorgung erachten wir dafür als ebenso notwendig, wie einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr, ein Netz von sozialen und kulturellen Angeboten für alle Lebensphasen sowie kurze Wege zu Bildungseinrichtungen.

Der ländliche Raum ist die Heimat des Großteils der Bevölkerung Sachsen-Anhalts sowie Wirtschaftsraum und Kulturlandschaft mit wertvollen Natur- und Erholungsgebieten. Diese zu erhalten und zu stärken sowie die Attraktivität des Lebensumfeldes für alle Generationen sicherzustellen, ist das oberste Ziel unserer Politik. Nicht nur die Coronakrise hat gezeigt: Landwirtschaft ist systemrelevant, sie stellt die Ernährungssicherheit für unser Land her. Unsere Heimat hat eine bedeutende land- und forstwirtschaftliche Tradition. Ob in der Landwirtschaft, im Forst, im Garten- und Weinbau, mit der Jagd- und Angelwirtschaft: Die Menschen des ländlichen Raumes produzieren hochwertige Lebensmittel, Rohstoffe und Energie, wirtschaften umweltfreundlich, handeln tierwohlorientiert und betreiben eine nachhaltige Forstwirtschaft. Weidetierhalter, Jäger und Angler helfen die Artenvielfalt in unserer Kulturlandschaft zu erhalten. Sie benötigen für ihr Handeln vor allem zwei Dinge: Planungssicherheit von der europäischen bis hin zur kommunalen Ebene und ein Miteinander von Politik, Verwaltung und Wirtschaft für die nötige Transformation.

**Durch ihre Arbeit für Biotopschutz und die Vernetzung von Lebensräumen investieren Jägerinnen und Jäger, Anglerinnen und Angler viel Zeit durch ihr ehrenamtliches Engagement, welches es zu fördern gilt.** Invasive Arten gefährden zunehmend die biologische Vielfalt, hier gilt es geeignete Maßnahmen die Verluste zu mindern. Für die Eindämmung invasiver Pflanzenarten brauchen wir gerade in den Kommunen entsprechendes Problembewusstsein und einen differenzierten Umgang.

**Wir wollen, dass ortsansässige Landwirte beim Kauf und der Pacht von landwirtschaftlichen Nutzflächen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten nicht behindert werden.** Auf einem breit gestreuten Eigentum an Grund und Boden sind die Land- und Forstwirtschaft auch als Arbeitgeber eine tragende Säule. Eigentum beinhaltet Verantwortung. Wir treten für Transparenz über die Eigentumsverhältnisse des Bodens ein.

**Damit es in Sachsen-Anhalt auch zukünftig Frauen und Männer gibt, die die Landwirtschaft mit Leidenschaft und Engagement betreiben, müssen junge Menschen dabei unterstützt werden, bestehende Betriebe fortzuführen und neue eigene Existenzen aufzubauen.** Voraussetzung ist die Förderung einer qualifizierten Aus-, Fort- und Weiterbildung. Die Bindung junger Menschen an Dorfgemeinschaften erachten wir als besonders wichtig.

**Eine bedeutende Förderung wichtiger kleinerer Projekte in den Kommunen erfolgt über LEADER, wir brauchen daher eine zügige Umsetzung und kommunales Engagement in diesem Förderprogramm.** Wir wollen lokal und regional produzierte Güter und Dienstleistungen fördern und Unternehmer ermuntern, die Chancen des Onlinehandels zu nutzen. Digitalisierung steigert Produktivität und Effizienz, die regional zu nutzen sind.

**Bürokratische Hürden machen es den Landwirten schwer. Kurzfristig müssen hier Lösungen zu Abbau gefunden werden.**

**Eigenvermarktung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte soll vorangetrieben werden, durch die kommunal unterstützte Vernetzung der vielfältigen Akteure mit z.B. Wochenmärkten, Gastronomen und der Tourismuswirtschaft.** Durch Multifunktionshäuser wie z.B. eine Kombination aus Dorfladen, Geldautomat und Versammlungsraum können alle profitieren. Hofläden gilt es zu unterstützen.

**Neue Möglichkeiten für die Betriebe können durch die integrierte ländliche Entwicklung entstehen, an der alle Gemeinden arbeiten sollen.** So können Projekte wie Bauernhofkindergärten, betreutes Wohnen u.ä. entstehen.

**Landwirtschaft sollte möglichst bereits im Kinderalter erlebbar werden- wichtige Projekte wie das grüne Klassenzimmer müssen daher unterstützt werden.** Kommunen können aber auch Lehrpfade mit landwirtschaftlichen Unternehmen erarbeiten.

**Wir wollen die landwirtschaftlichen Nutztierhalter in Sachsen-Anhalt dauerhaft unterstützen.** Die Tierhaltung ist durch die mit ihr verbundene Wertschöpfung eine maßgebliche Stütze der ländlichen Räume in unserem vieharmen Bundesland. Ohne sie ist auch eine Kreislaufwirtschaft ohne Importe nicht umsetzbar.

**Angesichts des steigenden Wolfsbestandes und der sich damit verstärkenden Schäden, vorrangig für die tierhaltenden Betriebe, sowie des guten Erhaltungszustandes der Biberpopulation ist ein Management notwendig.** Dies beinhaltet im Falle des Wolfes die Herabsetzung des Schutzstatus und die Hege der Bestände. Im Falle von Schäden sind Landwirte unbürokratisch und über kurze Entscheidungswege finanziell zu entschädigen. Auch die Entnahme des Wolfs zum Schutz unserer Weidetiere muss schnell und unbürokratisch auch an Sonn- und Feiertagen erfolgen können. Die Weidetierhaltung benötigt unser besonderes Augenmerk.

**Die CDU unterstützt den Waldumbau einschließlich der Wiederaufforstung der geschädigten Waldflächen in Sachsen-Anhalt.** Insbesondere den Klein- und Kleinstprivatwald, der den Großteil der Waldbesitzer darstellt, werden wir bei der Holzvermarktung unterstützen.

**Als CDU werden wir den Medienstandort Sachsen-Anhalt weiter voranbringen.** Unser Fokus liegt dabei nicht nur auf den großen Städten, sondern auch auf dem ländlichen Raum, der als Dreh- und Produktionsstandort immer beliebter wird. Auf kommunaler Ebene werden wir lokale Initiativen und Medienunternehmen bei der Realisierung ihrer Projekte mit erforderlichen Beschlüssen in den Gemeinde- und Stadträten unterstützen.

**Zur Vielfalt der Medien, die mit ihren Nachrichten und Kommentaren zur Bildung der öffentlichen Meinung beitragen, gehören auch die Tages- und Wochenzeitungen.** Ihren Fortbestand wollen wir auch in Zeiten der Digitalisierung mitabsichern.

**Wir wollen die unabhängige und vielfältige Medienlandschaft mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, privaten, lokalen und landesweiten Medienanbietern, Verlagen, Bürgermedien und neuen online-gestützten Medienangeboten erhalten, fördern und zukunftsfähig machen.**

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist fester Bestandteil christdemokratischer Politik und soll auch in den Kommunen gestärkt werden. Die nachfolgenden Generationen haben ebenso ein Recht auf wirtschaftliche Entwicklung, sozialen Wohlstand und eine lebenswerte wie auch intakte Umwelt. Nach unserem Verständnis widersprechen sich wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz nicht. Nachhaltigkeit muss vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern gelebt werden.

## Naturschutz in der Gemeinde

### Nutzung der kommunalen Selbstverwaltung für die Stärkung des Naturschutzes

Im Rahmen der Daseinsvorsorge besitzen auch die Gemeinden -neben den staatlichen Naturschutzbehörden- eine besondere Verantwortung für den Schutz unserer Natur und Landschaft. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Berücksichtigung der Naturschutzbelange in den Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen auf der Grundlage von Landschaftsplänen bzw. Grünordnungsplänen, der naturnahen Gestaltung und bienen- und insektenfreundlichen Pflege der öffentlichen Grün- und Brachflächen sowie des Gemeindewaldes, der Durchgrünung des Siedlungsraumes, der Landschaftspflege im Außenbereich, Maßnahmen zur Entsiegelung und Wiederbegrünung u.a.m.

- **Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den Naturschutzbehörden**

Zur Planung und Abstimmung wirksamer Natur- und Artenschutzmaßnahmen ist zunächst eine koordinierte, angemessene Erfassung der Naturausstattung erforderlich. Für die Landschaftsrahmenpläne sollen die zuständigen Landkreise und kreisfreien Städten mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden.

- **Tierschutz in den Kommunen**

Die Lage in den Tierheimen ist durch die späten Auswirkungen der Corona-Pandemie sehr angespannt. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen die Tierheime stärker und verlässlich unterstützen.

Wir unterstützen ferner Kastrationsbemühungen in den Kommunen für Freigänger-Katzen, um der ungezielten Vermehrung Herr zu werden und damit Tierleid zu verhindern.

## Ressourcenschutz, insbesondere Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft

- **Hochwasserschutz zu Ende führen**

Wir wollen die Hochwasserschutzmaßnahmen in den Kommunen zu Ende führen. Bevölkerungsschutz muss unsere Priorität sein. Flächeneigentümer sind im Falle zusätzlicher Anlagen und neuer Leistungen zum Hochwasserschutz entsprechend zu entschädigen.

Die Flächennutzungs- und Bebauungspläne der Kommunen müssen stärker den Schutz vor Hochwasserschäden berücksichtigen.

- **Wassermanagement entwickeln**

Die Unterhaltungsverbände sollen für Gewässer 2. Ordnung, der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft für Gewässer 1. Ordnung den ordnungsgemäßen Abfluss des Wassers sicherstellen.

Wir fordern, die Wiederaufnahme des seinerzeit erfolgreichen Programms gegen Vernässung zu prüfen. Wir setzen uns für ein Wassermanagement ein, was den Erhalt der Wehre und den Wasserrückhalt in der Fläche umfasst.

- **Bodenschutz in den Kommunen**

Die Versiegelung dauerhaft nicht mehr genutzter Siedlungsbereiche ist angesichts der zunehmenden Trockenheit und für den Hochwasserschutz konsequent zu reduzieren. Die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen ist durch ein vorausschauendes, integriertes Flächenmanagement mit Flächenkreislauf, Ökokontoregelungen und Flächenrecycling zu steuern, um die Innenentwicklung konsequent umzusetzen.

Es gilt, die Entwicklung der grün-blauen Infrastruktur in der Stadt und im ländlichen Raum zu fördern.

## Energiepolitik für die Bürger – Nachhaltigkeit als oberstes Prinzip

- **Nachhaltigkeit**

Nachhaltige Politik ist unser Element – das bedeutet, stets einen Ausgleich ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte.

Kreislaufwirtschaft soll auf kommunaler Ebene ausgebaut werden. Die Holznutzung auch im Sinne von Kurzumtriebsplantagen soll unterstützt werden.

Mehr Regionalität, kürzere Wege, mehr Nachhaltigkeit: Wir wollen das regionale Gewerbe bei der Wärmeplanung unterstützen.

- **Energieversorgung hat Vorrang – Bürger und Kommunen müssen von Erneuerbaren profitieren**

Die Energieversorgungssicherheit darf nicht gefährdet werden. Daher setzen wir uns für den Ausbau der Energiespeicher und gegen einen vorzeitigen Kohleausstieg ein. Die stoffliche Nutzung von Kohle muss weiterhin sichergestellt sein.

Kommunen und Bürger direkt müssen Profiteure vom Ausbau der Erneuerbaren Energien werden. Ein Bürgerbeteiligungsgesetz muss daher einerseits sich sowohl für die Gemeinden, als auch für die vor Ort wohnenden Bürgerinnen und Bürger lohnen. Deutschland darf bei der Suche nach alternativen Energien sich nicht durch die höchsten Stromkosten selbst lähmen.

- **Kommunen haben Vorbildfunktion beim Ausbau erneuerbarer Energien.**

Die öffentliche Hand muss beim Gebäudebau- zumal mit Holz – Vorreiter sein. Durch die stoffliche Nutzung von Holz hat man den besten CO<sub>2</sub>-Speicher.

Dachflächenphotovoltaik wollen wir verstärkt fördern und kommunale Dachflächen für Photovoltaik nutzen.

Energiegenossenschaften sollen auf kommunaler Ebene mit Know-how unterstützt werden.

Gute Ackerböden sind für die Nahrungsmittelproduktion vorzuhalten, daher muss die Flächenphotovoltaik über eine kommunale Bauleitplanung vernünftig geregelt werden.

Sachsen-Anhalts Wirtschaft entwickelt sich nach den Jahren des Strukturwandels positiv. Inzwischen ist unser Bundesland der TOP-Investitionsstandort in Deutschland. Auch die Wirtschaft in unseren Kommunen ist erfolgreich. Wir haben in den Regionen starke mittelständische Unternehmen. Vor allem Handwerk, Mittelstand und Freie Berufe schultern die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes. Die CDU setzt auf die soziale Marktwirtschaft. Wir bekennen uns zum Leistungsgedanken und zum fairen Wettbewerb. Unser wichtigstes Ziel ist es, Sachsen-Anhalt als überregionalen Wirtschaftsstandort zu entwickeln, zu etablieren und die Unternehmen unseres Bundeslandes weiter zu stärken. Dabei haben wir die Städte und ländliche Regionen gleichwohl im Blick. Dies gilt im Besonderen für unsere Strukturförderregionen. Die CDU steht für eine starke Wirtschaft in den Kommunen und Landkreisen, damit auch künftig in Sachsen-Anhalt neue Arbeitsplätze entstehen sowie Wachstum und Wohlstand erhalten bleiben.

**Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt unser Zukunftsmodell.** Sie ist die beste Wirtschaftsordnung für alle Unternehmen, die auf freie Märkte, fairen Wettbewerb und sozialen Ausgleich setzen. So entstehen neue Arbeitsplätze mit Zukunft.

**Sachsen-Anhalt das Land von Mittelstand, Handwerk und Freien Berufen.** Unser Fokus liegt nicht nur auf Neuansiedlungen von Industrieunternehmen, sondern auch auf der Bestandssicherung unserer vorhandenen Betriebe, die überwiegend kleinteilig geprägt sind. Wir stehen für wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Wachstum und Innovationen in allen Regionen Sachsen-Anhalts fördern.

**Gründerfreundlichkeit schaffen und Gründergeist fördern.** Mehr junge Menschen als bisher sollen den Schritt in die Selbstständigkeit wagen - Starke Gründer stehen für neue Dynamik. Hindernisse auf dem Weg zur Selbstständigkeit müssen beseitigt, umfassende Beratung und Förderung garantiert und unnötige Bürokratie vermieden werden.

**Wertschätzung für das Handwerk, Beitrag zur Unternehmensnachfolge.** Die CDU hat die Meistergründungsprämie in Sachsen-Anhalt eingeführt. Die stärkt die Position des Meisterberufes und erleichtert die Unternehmensnachfolge beim Handwerk.

**Duale Ausbildung stärken und dem Fachkräftemangel aktiv begegnen.** Fachkräfte fehlen besonders bei Mittelstand und Handwerk, daher wollen wir die duale Berufsausbildung weiter stärken und in der schulischen Ausbildung den Fokus verstärkt auf technische Berufe lenken. Mit den Praktikumsgeheimnissen haben wir ein erfolgreiches Instrument geschaffen, um frühzeitig Schüler und Unternehmen zusammenbringen, sowie das Interesse an einem Handwerksberuf zu wecken. Das ist ein effektiver Beitrag der CDU, um dem Fachkräfte- und Nachwuchsmangel entgegenzutreten.

**Kurze Wege, schnelle Entscheidungen. Unsere Wirtschaft leidet an immer mehr Bürokratie und langen Planungszeiten.** Wir achten darauf, dass neue Gesetze und Verordnungen so gestaltet werden, dass sie unsere Unternehmen nicht überfordern. Der zunehmenden Regelungswut der Bundesregierung begegnen wir durch eine schlanke und effektive Verwaltung. Die jüngsten Ansiedlungserfolge Sachsen-Anhalts fußen maßgeblich auf den Prämissen der Schnelligkeit, der Verlässlichkeit, der Planbarkeit und den kurzen Verwaltungswegen.

**Erschließung von Industrieflächen und neuer Infrastruktur.** Eine gezielte Wirtschafts- und Infrastrukturförderung muss ganzheitlich den ländlichen Raum umfassen und darf sich nicht nur auf die städtischen Ballungsräume konzentrieren. Darum sind Industrieinvestitionen in Sachsen-Anhalt immer willkommen. Die CDU sorgt dafür, dass auch künftig neue Industrieflächen ausgewiesen und bestehende Flächen erweitert werden können. Damit schaffen wir in den kommenden Jahren neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts.

**Ohne Infrastruktur keine Entwicklung.** Die CDU steht für eine leistungsfähige Infrastruktur. Diese muss uneingeschränkt funktionsfähig gehalten werden, um die Unternehmen beim Wachstum zu unterstützen. Darum stehen wir für die Bestandserhaltung, den Ausbau und den Neubau bei allen Verkehrsträgern. Die Digitalisierung muss in Sachsen-Anhalt weiter vorangetrieben und auf den aktuellen technischen Stand aktualisiert werden.

**Tourismus als Beitrag zur regionalen Wertschöpfung stärken.** Wir stehen dafür ein, die Bekanntheit und das Image Sachsen-Anhalts durch gezieltes Marketing weiter zu fördern und Investitionen in touristische Sehenswürdigkeiten zu stärken. Unsere einzigartigen Welterbestätten, Kulturdenkmale und Kulturlandschaften sind in ihrer Fülle einzigartig. Sie sind der beste Botschafter für das Land. Vor allem unsere strukturschwachen Regionen profitieren von einer nachhaltigen touristischen Entwicklung. Die CDU steht dafür, das kulturelle Erbe zu pflegen und die touristische Infrastruktur auszubauen.

Die positive Entwicklung der Hochschulen und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen ist für die wirtschaftliche Zukunft Sachsen-Anhalts entscheidend. Unser Bundesland muss im internationalen Vergleich zukunftsweisende Prozesse anstoßen und mitbestimmen, ohne seine wissenschaftlichen Traditionen zu vernachlässigen.

Auch die Kommunen können dazu beitragen, dass wissenschaftliche Vorhaben vor Ort gelingen.

**Verbindung von Hochschulausbildung und Forschung**, um nicht nur der jungen Generation Erkenntnisse zu vermitteln, sondern auch neues Wissen zu gewinnen bzw. kritisch zu reflektieren und die in Wirtschaft, Bildung und Kultur benötigten Absolventen zu fördern.

**Vernetzung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit Unternehmen (Clusterbildung)** für integrative Innovationsketten von der Grundlagenforschung über die angewandte Wissenschaft bis hin zur Überführung in die Praxis/Wirtschaft.

**Priorisierung derjenigen Wissenschaftsfelder, die internationale Spitzenleistungen erwarten lassen und für die Entwicklung Sachsen-Anhalts unter den Bedingungen des Strukturwandels von besonderer Bedeutung sind.**

- **Transformation der Chemieindustrie** (Großforschungszentrum CTC im Süden Sachsen – Anhalts: Nutzung natürlicher Rohstoffe und Recycling; Bund – Länder- Vereinbarung November 2023); Exzellenzantrag SmartProSys zur Umgestaltung der chemischen und biologischen Produktionsprozesse, z. B. KV Saalekreis, Halle, MD)
- **Klimaanpassungsstrategien: Ernährungssicherung und Erhalt der Biodiversität unter veränderten Klimabedingungen** (Pflanzenbiotechnologie inclusive Genom - Editing mit Agrar- und Ernährungswissenschaften, Digitalisierung pflanzlicher Wertschöpfungsketten (DiP) UFZ, iDiv, z. B. KV Halle, Harz)
- **Digitalisierung und Informatik** (Intel, z. B. KV Magdeburg), Exzellenzantrag chirale Elektronik der MLU zur Datenspeicherung und Informationsverarbeitung, Zukunftszentrum in Halle (KV Halle)

## Impressum

Herausgeber: CDU Sachsen-Anhalt  
Fürstenwallstraße 17, 39104 Magdeburg  
Tel: 0391 5666810, Fax: 0391 5666830  
E-Mail: [presse@cdulsa.de](mailto:presse@cdulsa.de), Web: [www.cdulsa.de](http://www.cdulsa.de)

Bildnachweise: Titelgrafik © creyx, Seite 3 Sven Schulze © Rayk Weber